Tägliche Rundschau 13./I. 1916 68

Nr. 21 Erste Beilage
Morgen-Ausgabe

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 13. Januar 1916

Der Reichstag über die Ernährungsfragen.

Sachliche Verhandlungen, wie die gestrigen, sind auf den Tribünen nicht beliebt, nicht auf denen für das große Publikum und leider auch nicht auf der für die Presse. Eine kleine Liebknechtiade zieht hier wie da mehr! Es läßt sich ja auch wirklich nicht behaupten, daß man nach sogenannten sachlichen Tagen regelmäßig weiser aus dem hohen Hause heimkehre, als man vorher dorthin gewallt ist. So war vorgestern, wenn man von einzelnen Stellen der genössischen Rede absieht, wirklich nicht viel im Reichstag zu holen. Die gestrige Fortsetzung der Auseinandersetzung über die Ernährungsfragen hob sich indessen zu doch wesentlich beträchtlicherer Höhe, und wenn auch sie die Quadratur des Zirkels naturgemäß nicht gebracht hat, so gab sie doch ein immerhin beachtenswertes Bild der ungeheuren Schwierigkeit oder vielmehr der Aussichtslosigkeit des Versuchs, den verwickelten Apparat unseres Erwerbslebens unter Auswechslung der alten Betriebsfedern in Gang zu halten, ohne daß ein tausendfältiges Weh und Ach ringsum erschallt. Als erster kam der Freisinnsmann. Du lieber Gott, er war in einer schweren Lage! Die reine Agrarierhetze ist ja auch in diesen Kreisen gegenüber der ehernen Sprache der Ereignisse einstweilen aus der Mode gekommen, und so hatte man statt einer der auf diesem Gebiet leistungsfähigeren Friedenskräfte den — so wenig er auch nach dem Herzen der „Deutschen Tageszeitung" sein mag — doch immerhin gemäßigteren Dr. Wendorff auf die Tribüne geschickt. Dr. Wendorff ist selbst Landwirt, kann somit fachgemäß mitreden und hatte sich ehrlich geplagt, dies und jenes ausfindig zu machen, was an den verehrten Berufsgenossen vom Landbund als dem Popanz der Partei schließlich doch hängen bleiben würde. Vor dem Staatssekretär des Innern machte er eine tiefe Verbeugung und goß überhaupt über den Kern seiner Ausführungen eine mildernde Brühe von Glauben an den guten Willen auf allen Seiten, von Ueberzeugung am Gelingen des großen Werks und von Anerkennung der Bereitwilligkeit aller Parteien, die Jagd auf den Lebensmittelwucher mitzumachen. Wer dieses Wuchers schuldig sei, blieb einigermaßen im Halbdunkel; vom Knuten-Oertel war nicht unmittelbar die Rede, und wenn jemand trotzdem auf die bösen Agrarier schließen sollte, na, dann ist's eben nicht zu ändern! Ebenso ließ er um des lieben Friedens willen die Neugier unbefriedigt, wer die einflußreichen, „uns nicht verantwortlichen Kreise" seien, die die wohlwollenden Pläne der Reichsregierung immer wieder durchkreuzten. Wenn man in dieser vermummten Gruppe den preußischen Minister des Innern mit seinem Stab sehen will, hat der freisinnige Gutsherr von Toitz wahrscheinlich auch nichts dagegen. Die zweckmäßigste Lösung der Lebensmittelverteilung ist nach Herrn Dr. Wendorff als Ausgleich der nicht immer erfreulichen Wirkung der Höchstpreise die Ausgabe von Vorzugskarten.

Die Professoren hatten mit ihren Kartoffelstatistiken Unglück, und der Freisinnsredner hat es mit diesem Vorschlag. Denn unmittelbar hinterher hört man über solche Vorzugskarten einiges, was recht bedenklich stimmen muß. Es betrifft die Erfahrungen, die mit den Zusatzbrotkarten für schwer Arbeitende gemacht worden sind; und die sind, bei Lichte besehen, nichts anderes als solche Vorzugskarten. Der dieses Kapitel anschneidet, muß Bescheid wissen; es ist der Präsident der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dr. Michaelis. Er verrät, daß der angebliche Bedarf an solchen Karten unverantwortlich gestiegen ist; vielfach seien sie sogar für Gymnasiasten und nicht weniger für Dienstmädchen ausgegeben worden, was er, ohne die besondere Stullenbedürftigkeit dieser Schichten von Brotessern näher zu prüfen, für unzulässig, aber bei der Schwierigkeit der Nachprüfung allenfalls entschuldbar erklärt. Jedenfalls sei damit jetzt Schluß und ebenso mit der im letzten Jahre geübten linderen Brotkartenpraxis überhaupt. Mit ernsten Worten verweist der Redner auf die Notwendigkeit großer Sparsamkeit im Verbrauch der vorhandenen Vorräte. Die Ernte, namentlich hier und da im Osten, sei nicht so glänzend wie wünschenswert ausgefallen, und man werde eben etwas krumm liegen müssen. Wie gestern der Minister legt auch der Präsident der Reichsgetreidestelle größten Wert darauf, jeden Gedanken an die Möglichkeit, daß der dunkler Quertreibereien beschuldigte preußische Minister des Innern nicht mit vollem Herzen die Nahrungsmittelpolitik des Reichsamts mitmache, zu bannen.

Vor dem Unterstaatssekretär hatte Dr. Rösicke-Klein-Gersdorf das Wort ergriffen und sich in ruhigen Ausführungen mit den Klagen seines Berufsgenossen aus dem Kreise Grimmen — dort liegt nämlich Toitz — befaßt. Was der Präsident des Landbundes auf die Andeutungen des Freisinnsredners erwidern würde, stand ja von vornherein fest. Er warnte vor Wucherriecherei am unrechten Platze, wie sie immer mehr aufkomme, und vor Kleinlichkeiten überhaupt. Nicht unsympathisch war seine Offenheit in einigen Punkten, über die man sonst gern milde hinweggeht. Auch der Landwirtschaft müsse in diesen Tagen ganz allgemein heraufgesetzter Preise werden, was sie haben muß, wenn der Krieg sie nicht auspowern solle. Wo sonst die Rücklagen herkommen sollten, nach dem Kriege den Boden, das Vieh wieder in Ordnung zu bringen? Und ob nur die Munitionsarbeiter in der Stadt, nicht aber auch die Landarbeiter von den hohen Löhnen Nutzen haben sollten? Dann würden sie eben einfach nach der Stadt laufen . . .

Alles in allem wurde gestern eben hüben und drüben mit guten Gründen gefochten. Den Epilog des Tages nahm Freiherr v. Gamp auf sich. Es ist dem alten Herrn nie schwer gefallen, temperamentvoll zu werden, und er machte diesmal von dieser seiner Fähigkeit recht energisch Gebrauch. Die Reichsgetreidestelle und ihren Präsidenten hat er ganz und gar nicht an sein Herz geschlossen. Es war eine derbe Attacke, die er gegen beide ritt. Insbesondere machte er die viel angefochtene Mühlenpolitik der Regierung zum Gegenstand seines Angriffes. Der Unterstaatssekretär hatte sein System der Ueberweisung des verfügbaren Mahlguts an eine beschränkte Zahl hierdurch voll ausgenützter Mühlen mit der Verbilligung des Mahlpreises, zu der es führe, verteidigt. Seine Ausführungen ließen sich hören; aber auch Gamps Einwand, daß billige Preise vor allen Dingen durch die möglichst reiche Ausnützung der vorhandenen Wasserläufe erzielt würden, war nicht von der Hand zu weisen. Besonders scharf und nahezu drohend wurde die Stimme des Schloßherrn von Massaunen, als er gegen die Beschlagnahmung von Kartoffeln im Osten zum Zweck nahezu kostenloser Abgabe zu Futterzwecken im Westen Verwahrung einlegte. Ueber den mehrfach erwähnten Minister des Innern hatte er ebenfalls ein bedeutungsvolles Wörtlein auf dem Herzen. Herr v. Loebell verdiene Dank für seine Fürsorge, die den Selbstversorgungsbezirken weit billigeres Getreide verschaffe als den von der Kriegsgetreidestelle aus verarzteten. Uebrigens habe der Herr Minister zurzeit nach seiner Ansicht Dringlicheres zu tun, als sich etwa — mit einer Aenderung des preußischen Wahlrechts zu befassen!

Die Tribüne war während der Reden des Unterstaatssekretärs, Rösickes und Gamps dicht umlagert. Heute Fortsetzung. A. Z.

Sitzungsbericht.

27. Sitzung. Mittwoch, den 12. Januar 1916.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Patentamt wird in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen.

Ernährungsfragen.

(Zweiter Tag.)

Abg. Dr. Wendorff (Fortschr. Vp.): Trotz aller Kritik im einzelnen erkennen wir durchaus an, daß die verantwortlichen Kreise Großes geleistet haben. Insbesondere hat der Staatssekretär des Innern mit unvergleichlicher Arbeitskraft die richtigen Wege gesucht und gefunden. Bei der Kritik der Höchstpreise darf man nicht vergessen, daß Kriegspreise keine Friedenspreise sind. Den Wucher bekämpfen alle Parteien mit gleicher Schärfe. Bei unserer Kritik dürfen wir weiter nicht unbeachtet lassen, daß es Stellen gibt, die die guten Absichten der Reichsregierung durchkreuzen. Im Zeichen des Burgfriedens will ich diese Stellen nicht näher bezeichnen. Aber meine Herren von der äußersten Linken, da hat der Reichstag alle Veranlassung, die verantwortlichen Stellen des Reiches zu stärken. (Sehr richtig! links.) Es gibt keinen Fehler, der in der Kartoffelfrage nicht gemacht worden wäre. Jetzt sollen Verhandlungen schweben, daß die landwirtschaftlichen Organisationen die Versorgung übernehmen sollen. Sodann ist kürzlich der Höchstpreis für Saatkartoffeln aufgehoben worden. Da wird jetzt gewiß ein wilder Handel mit sogenannten Saatkartoffeln anheben. Das wird nur zu einer Zurückhaltung der vorhandenen Kartoffeln führen, weil es „Saatkartoffeln" seien! Dadurch werden den kleinen städtischen Arbeitern, die im vorigen Jahre in so erfreulichem Umfange selbst Kartoffeln angebaut haben, die Saatkartoffeln unnötig verteuert. Und warum gerade jetzt diese Aufhebung des Höchstpreises? Kein Mensch kauft doch jetzt Saatkartoffeln! Es ist doch auffällig, daß diese Aufhebung gerade zwei Tage vor der Einberufung des neuen Beirates geschah! (Hört, hört! links) Ich kann nur annehmen, daß hier wieder einmal irgendwelche unverantwortliche — wenigstens uns unverantwortliche — Kreise maßgebend gewesen sind. (Sehr richtig! links.) Bei den Schweineabschlachtungen hat man die Professoren zu unrecht angegriffen. Sie sind doch nur auf Grund falscher Erhebungen über die Kartoffelvorräte zu ihren Vorschlägen gekommen. Auch unser Hauptausschuß hat ihnen zugestimmt. Wir wollen doch keine Böcke in die Wüste schicken! Es ist eben geschehen und war falsch, und dabei müssen wir uns beruhigen. (Sehr richtig!) Die Regierung hätte sich rechtzeitig vergewissern müssen, wie groß die Buttererzeugung im Lande ist. Eine Bestandserhebung ist notwendig. Geschieht sie richtig, kann man ernsthaft der Butter- und Fettkarte nähertreten. Gerade die wohlhabenden Kreise legen sich freiwillig keine Beschränkungen auf. Soweit einzelne Städte Butterkarten eingeführt haben, ergeben sich große Unzuträglichkeiten. Die alleinige Festsetzung von Schweinehöchstpreisen ist kein Allheilmittel. Allgemeine Festsetzung von Fleischhöchstpreisen führt leicht zu Steigerung der Preise der geringeren Sorten. Die zweckmäßigste Lösung stellt die Ausgabe von Vorzugskarten dar. Die Schaffung von Organisationen zur Versorgung der Städte mit Schlachtvieh ist nicht leicht, will man nicht das berechtigte Mißfallen der bäuerlichen Bevölkerung erregen. Am besten ist der Abschluß von Schweinemast-Verträgen mit Lieferung eines Teiles des benötigten Futters.

Beim Leder hat zu den hohen Preisen sicherlich das rücksichtslose Einhamstern der Vorräte beigetragen. Viel schlimmer als der Landwirtschaft geht es den kleinen Gewerbetreibenden. (Sehr richtig! links.) In Leipzig allein sind seit Kriegsanfang 760 mittlere und kleinere Betriebe stillgelegt worden. Der Landwirt, der im Felde steht, hat auch die Gewißheit, daß einst bei seiner Heimkehr sein Grund und Boden noch da ist, also die Grundlage seines Erwerbs. Allerdings hat die Landwirtschaft auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Namentlich den Frauen gebührt unendlicher Dank, daß sie alles daran gesetzt haben, den Betrieb fortzuführen. Dabei ist vielfach gut verdient worden. Mancher alte Krippensetzer ist weit über den Buchwert bezahlt worden. (Heiterkeit.) Daß die Hypothekenzinsen und Erzeugungskosten größer geworden sind, wird reichlich aufgewogen durch die Höchstpreise. Die letzte Ernte hat einen Geldmehrwert von 1½ Milliarden. Auf den Hektar angebaute Flächen sind 87 M. mehr eingekommen. Wie kann man da von einem Wertrückgang reden! Bei Viehverkäufen geht das Geld ja bar ein. Selbst wenn die Preise niedriger wären, hätte die Landwirtschaft die vaterländische Pflicht, nach bestem Können für die Aufrechterhaltung der Betriebe zu sorgen. Die vorhandenen Futtermittel müssen in gerechter Weise verteilt werden und auch den kleineren Besitzern zugute kommen. (Zustimmung links.) Der Verteilungsschlüssel ist an sich gut, aber bei seiner Ausführung durch die Landräte hapert es. Ohne Futtermittel gibt es keine fetten Schweine. Die Militärverwaltung sollte für die sachgemäße Frühjahrsbestellung rechtzeitig Beurlaubungen gewähren. Der Zuckerrübenbau muß in die Höhe gesetzt werden. Wie klein erscheinen alle Klagen über Unbequemlichkeiten, wenn wir einen Blick auf die Front werfen, wo unsere Brüder in vorbildlicher Kameradschaft Wacht halten. Seien wir einig und treu in der Pflichterfüllung wie sie, soweit wir hier etwas tun können. Für sie gibt es niemals Worte des Danks genug. (Beifall links.)

Abg. Dr. Roesicke (kons.): Den Schlußworten meines Vorredners stimme ich vollkommen zu. Mögen uns die gleichen großen Gesichtspunkte auch bei unseren inneren Auseinandersetzungen leiten! Verlieren wir uns nicht in Kleinlichkeiten! Die Teuerung der Lebensmittel ist unendlich zu bedauern und in hohem Maße betrübend. Es gibt aber kein Gebiet, welches nicht sehr gesteigerte Preise aufzuweisen hätte. Alle unsere Vorschläge bezwecken gerade, den minderbemittelten Kreisen die Möglichkeit zu geben, besser durchzukommen. Wir haben eine Zeitlang geradezu eine Wucherseuche gehabt! Besonders schlecht ist hierbei die Landwirtschaft weggekommen. In einem Leipziger Blatt hat man sogar behauptet, die Landwirtschaft habe unter den Augen der Regierung den Wucher organisiert. Das deutsche Volk werde sie dafür zur Rechenschaft ziehen. Wie kann man gegen einen ganzen Stand einen solchen Vorwurf erheben! Auch die Ausführungen des Abg. Schmidt-Berlin bewegten sich vielfach in den gleichen Bahnen. Die Landwirtschaft hat von Anfang an nicht das kapitalistische Prinzip verfolgt. Die Regierung war allerdings zunächst der Ansicht, da das Höhergehen der Preise eine Regelung der Verteilung herbeiführen müsse. Es hat sich dann gezeigt, daß das falsch war, und man hat dann die Wege eingeschlagen, die die deutsche Landwirtschaft empfohlen hatte. Die Landwirtschaft ist durch Organisation und Selbsthilfe stark geworden. Sie hat sich selbstlos in den Dienst der vaterländischen Sache gestellt. Trotzdem ist die deutsche Landwirtschaft in einer Weise beschimpft worden, wie sie es bei ihrem idealen und sozialen Standpunkt gewiß nicht verdient hätte! (Zustimmung.) Der Brotpreis und Brotgetreidepreis ist bei uns niedriger als in England. Bei der Beurteilung der Kartoffelfrage darf man nicht außer acht lassen, daß der Wert der Speisekartoffeln als Futtermittel heute, an anderen Futtermitteln gemessen, höher ist als ihr Höchstpreis. Die Landwirtschaft kann heute nicht zu den gleichen Preisen wie in Friedenszeiten Milch produzieren. In Deutschland haben wir aber niedrigere Milchpreise als in England. Das gleiche gilt von der Butter. Jeder Unternehmer muß sich sagen, nach dem Kriege kommen bedeutende Lasten. Das gilt für Industrie und Landwirtschaft. Auch die Landwirtschaft muß Reserven haben, damit sie nicht ausgepowert wird. Jeder muß sich sagen, daß die Qualität unseres Kulturlandes während des Krieges leiden, die Qualität unseres hochgezüchteten Viehes zurückgehen muß. Das erfordert nach dem Kriege große Aufwendungen. — An den hohen Lasten, die uns bevorstehen, muß die Landwirtschaft ihren vollgemessenen Anteil tragen. Sollen die landwirtschaftlichen Arbeiter leer ausgehen, wenn die Munitionsarbeiter in den Städten die hohen Löhne einheimsen. Die Naturalienverpflegung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist im Kriege viel höher zu bewerten als in Friedenszeiten. Im Ausland ist es schlechter als bei uns: Wenn es trotzdem fest entschlossen ist, den Krieg weiter zu führen, muß unsere Entschlossenheit noch größer sein. Die Reichsgetreidestelle muß die mittleren und kleineren Mühlen mehr als bisher beschäftigen. Die Ernte war in vielen Gegenden geringer als erwartet wurde, woraus vielfach eine unangenehme Lage für die Landwirte entstanden ist.

Unterstaatssekretär **Dr. Michaelis**, Präsident der Reichsgetreidestelle: Die Notwendigkeit der sparsamen Wirtschaft ist hier mehrfach betont worden. Das hängt mit den Maßnahmen zusammen, die hinsichtlich des Brotgetreides in den letzten Tagen getroffen worden ist. Es sind Zweifel geäußert worden, ob die Zahlen unserer Ernteschätzung zutreffend sind. Wir müssen damit rechnen, daß wir im Osten in der Tat eine recht geringe Ernte haben werden, und die letzte Bestandsaufnahme hat ergeben, daß keineswegs die Annahme gerechtfertigt ist, wir wären sehr reich und könnten darauflos wirtschaften. Allerdings hatten die Maßnahmen, die im zweiten Jahre von der Reichsgetreidestelle getroffen wurden, diesen Glauben begünstigen können. Wir haben vor allen Dingen Hinterkorn zur Verfütterung freigegeben, und wir haben, wenn auch nur unbedeutend, die Brotration erhöht, kurz eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die darauf abzielten, im zweiten Jahr eine freiere Situation sowohl der Landwirtschaft als dem Verbraucher zu schaffen. Das war selbstverständlich voll berechtigt, denn im ersten Jahr war die Sparsamkeit erst nach Ablauf des ersten Halbjahres eingetreten, in diesem Jahr fingen wir von vornherein mit einer fertigen Organisation an. Wir haben aber erst den dritten Teil des Jahres hinter uns. Wir müssen wieder zu der alten Sparsamkeit zurückkehren, die im Vorjahr uns den Erfolg beschert hat.

Auf seiten der Landwirte ist mit der Wahrung der Bestände gegen Verfütterung nicht so gehandelt worden, wie es im Interesse der Allgemeinheit notwendig gewesen wäre. Die Hinterkornverfütterungsbestimmung hat das Sprungbrett abgegeben, sich über die Bedenken hinwegzusetzen, wieweit eine Verfütterung von Getreide berechtigt oder unberechtigt sei. Die Not an Futtermitteln war aber so groß, daß es in der Tat eine außerordentliche Ueberwindung für den bedeutete, der für sein Vieh verantwortlich ist, namentlich für den kleinen Mann, wenn er das Vieh schreien hörte und er Hinterkorn hatte. Man hatte im Osten in diesem Jahr verhältnismäßig sehr viel mehr Hinterkorn, es gibt Städte, die so notleidend sind, daß sie bis zu 50 v. H. Hinterkorn hatten. Es lag eine Lazheit der Produzenten in der Verfütterung vor. War haben darin gefehlt, daß wir die Ueberwachung nicht mehr so stark anzogen als wie seither.

Auf dem Gebiet der Konsumenten sind Sie ja alle sachverständig, Sie wissen, daß in der Tat mit dem Verbrauch jetzt nicht mehr so sorgsam verfahren wird, wie es war. Ich erinnere an die Zusatzbrotkarten. Im vorigen Jahr wollten wir den berechtigten Wünschen der schwerarbeitenden Bevölkerung nach einer höheren Brotration dadurch abhelfen, daß wir Zusatzkarten bei Bedarf gaben, den wir jedesmal prüften. Man beschränkte sie auf wirklich Schwerarbeitende. Im zweiten Jahr — die Kontrolle war ja sehr schwer und sehr umständlich — wollten wir nachlassen. Wir haben ein Pauschquantum als Maximum. Diese Pauschmenge wird voll ausgenutzt, und zwar von Leuten, die als schwerarbeitend absolut nicht anerkannt werden konnten. Es ist kein Witz, sondern wahr, daß auch Gymnasiasten Zusatzbrotkarten als Schwerarbeitende bekamen. (Heiterkeit.) Es ist sehr allgemein verbreitet, auch in Berlin, daß zum Beispiel die Dienstmädchen die Zusatzbrotkarten bekommen, selbst in Häusern, wo es sehr wohl möglich wäre, die Nahrung so zu gestalten, daß sie mit der einfachen Brotkarte auskämen. Kurz, es ist dahin gekommen, daß zum Beispiel in Berlin, wo im vorigen Jahr die Zahl der Zusatzbrotkarten 120 000 war, sie in diesem Jahr auf annähernd 700 000 gestiegen ist. (Hört, hört!) Der Betrag, um den wir die Brotration hinaufgesetzt hatten, ist nicht, wie im Vorjahr, weniger angefordert worden, sondern man hat die nichtverbrauchten Abschnitte zu Mehleinkäufen verwertet, zum Kuchenbacken und zum Essen. In den Restaurationen ist der Verbrauch auch nicht mehr so scharf wie im Vorjahre kontrolliert worden. Wir müssen jetzt einmal wieder mit voller Energie durchgreifen, sowohl bei der Verfütterung wie bei dem Konsum. Wir müssen zum Verteilungsmaßstabe des Vorjahres zurückkehren und nur den wirklich Starkarbeitenden ihre Rationen lassen. Glücklicherweise haben wir den ganzen Apparat so in der Hand, daß wir das auch durchführen können.

Bis zu einem gewissen Grade hängt diese Sache auch mit unserer Mühlenpolitik zusammen. Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, müssen wir möglichst bald alles ausdreschen. Die sicherste Statistik ist: alles ausdreschen und dann das, was den Selbstversorgern nicht gebührt, wegnehmen! Das machen wir jetzt. Die Angriffe gegen die Landräte sind unberechtigt. Hätten wir nicht den preußischen Landrat und die entsprechenden Beamten in den anderen Bundesstaaten gehabt, ich wüßte nicht, wie wir unsere Maßnahmen, die

vielfach dem gesunden einfachen Menschenverstande gegen den Strich

gingen, hätten durchführen sollen. Ein Beispiel: Es widerspricht den einfachsten wirtschaftlichen Grundsätzen, daß wir den Landwirten das Korn, welches als Futter verschrotet wird, erst wegnehmen und dann wiedergeben. Anders ist aber eine Kontrolle nicht möglich. Das ist aber selbstverständlich sehr schwer, mit dem einfachen Menschenverstand zu erfassen. (Heiterkeit.)